

Zeitschrift: ZeitBild
Herausgeber: Schweizerisches Ost-Institut
Band: 15 (1974)
Heft: 5

Artikel: Sicherheitskonferenz und Informationsaustausch
Autor: Revesz, Laszlo
DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-1095176>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 18.04.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Sicherheitskonferenz und Informationsaustausch

Eine Untersuchung von Laszlo Revesz

Der freie Austausch von Menschen, Meinungen und Informationen ist, wenn auch schon längst in verwässerter Form, immer noch ein Traktandum der europäischen Sicherheitskonferenz in ihrer gegenwärtigen Arbeitsphase in Genf. Aber es zeigt sich (wie nie anders zu erwarten gewesen war), dass sich hier die Sowjetunion mit Erfolg jegliche «Einmischung» verbittet, ja sogar diese Thematik dazu ausnützen kann, ihre eigene Zensurpraxis nach dem Westen zu exportieren. Der Westen darf die Entspannung nur mit den Machthabern, nicht aber mit der Bevölkerung des Sowjetlagers haben.

Die Konferenz für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (KSZE) ist am 3. Juli 1973 in Helsinki eröffnet worden. Sie hat die Aufgabe, vier Grundprobleme zu erörtern, die man in der Vorbereitungsperiode (November 1972 bis Juni 1973) empfohlen hat:

1. Die Sicherheit in Europa.
2. Die wirtschaftliche Zusammenarbeit.
3. Die Zusammenarbeit im humanitären Bereich.
4. Schritte nach der Konferenz.

Die zweite Phase («Arbeitsphase») der Konferenz läuft seit Herbst 1973 in Genf ab. Die Gesamtleitung hat ein Koordinationsausschuss, der sich gleichzeitig mit dem vierten Punkt der Traktandenliste beschäftigt. Für die übrigen drei Punkte besteht je eine Arbeitskommission mit insgesamt 12 Unterkommissionen, die sich folgenden Anliegen widmen:

- Prinzipien der zwischenstaatlichen Beziehungen;
- Massnahmen zu ihrer Durchsetzung;
- Massnahmen zur Festigung von Stabilität und Vertrauen in Europa;
- Entwicklung des Handels;

- industrielle Zusammenarbeit;
- wissenschaftlich-technische Kontakte;
- Umweltschutz;
- andere Bereiche der wirtschaftlichen Zusammenarbeit;
- zwischenmenschliche Kontakte;
- Information;
- Zusammenarbeit und Austausch im Kulturbereich;
- Zusammenarbeit im Bildungswesen.

Alle 35 Teilnehmerstaaten sind in allen Unterkommissionen vertreten. Diese sollen Entwürfe für die letzte, dritte Konferenzphase vereinbaren, die wahrscheinlich auf höchster Ebene stattfinden wird.

Osteuropa und die Traktanden

Von Moskau aus betrachtet, enthält die Thematik erwünschte und unerwünschte Elemente. Was die Konferenz in dieser Sicht zu sein und nicht zu sein hat, ist überaus deutlich geworden.

Die Staaten des Sowjetlagers hatten zwischen 1966 und 1972 mehrere «Empfehlungen» für die Traktanden ausgearbeitet (siehe L. Revesz: «Europäische Sicherheitskonferenz und sowjetische Völkerrechtslehre», SOI-Sonderdruck, Bern 1972). Sie enthielten jedoch nur die Punkte 1, 2 und 4 der schliesslich zustande gekommenen Empfehlungen der Vorkonferenz, und sie behandelten das künftige Grosseuropa lediglich in seinen zwischenstaatlichen Aspekten unter Vermeidung der Probleme um zwischenmenschliche Beziehungen und Information.

Erst als sich bei den Vorgesprächen zeigte, dass gerade dieser Fragenkreis als Testfall für die sowjetische Glaubwürdigkeit erscheinen könnte, änderte Moskau seine Empfehlungen und sein taktisches Vorgehen. Am 22. Januar 1973 unterbreitete die UdSSR einen neuen Traktandenentwurf, der den späteren Punkt 3 mit einbezog. («Mirowaja ekonomika i meschdunarodnye otnosenija», Nr. 4/1973). Diese sowjetische Initiative blieb jedoch in der eigenen Tagespresse völlig unerwähnt, und auch die Fachpresse besprach sie nicht ausführlich. Der fragliche Text selbst wurde gar nicht veröffentlicht. Das allein zeigte schon, was die Sowjetführung von der Verbindlichkeit dieser Thematik im eigenen Machtgebiet hielt.

Auf der Grundlage einer «sozialistischen Arbeitsteilung» wollte darnach der Ostblock durch Unterbreitung von Beschlussentwürfen einerseits

die Initiative weiterhin in eigener Hand halten, andererseits — und hauptsächlich — den Konferenzbeschluss zum unerwünschten dritten Punkt jedes konkreten Inhaltselementes berauben. Es geht darum, jeglichen Beschluss dank einem zum vornherein garantierten Raum für eine dialektisch manipulierbare Interpretationsmöglichkeit unwirksam zu machen.

Die UdSSR unterbreitete den Entwurf einer allgemeinen Deklaration über die Grundlagen der europäischen Sicherheit und die Prinzipien der zwischenstaatlichen Beziehungen in Europa; die DDR und Ungarn machten den Entwurf einer gemeinsamen Erklärung über die Förderung der Zusammenarbeit auf dem Gebiet der Wirtschaft, des Handels, der Wissenschaft und Technik sowie des Umweltschutzes; Polen und Bulgarien erarbeiteten die «Grundrichtungen der Förde-

Triumph

Die «Pravda» vom 22.2.1974 zeigt ihre Genugtuung darüber, dass die KSZE in Genf gerade beim «westlichen» Punkt über die Freizügigkeit für Menschen, Ideen und Informationen nichts unternimmt, womit die Sowjetunion zu behaften wäre. I. Melnikow schreibt in seinem Bericht «Genf: Noch ein Abschnitt»:

«Die dritte Kommission, die sich mit den Problemen der Zusammenarbeit im humanitären Bereich beschäftigt, hatte bestimmte Schwierigkeiten zu bekämpfen. Die Berechnungen der reaktionären Kreise, welche durch künstlich geschaffene ‚Probleme‘ die Entspannung und die gleichberechtigte Zusammenarbeit im europäischen Kontinent verhindern wollen, zerplatzten wie Seifenblasen.»

rung der kulturellen Zusammenarbeit, der Kontakte und des Informationsaustausches; und die tschechoslowakische Delegation unterbreitete den Beschlussentwurf zum Konsultativausschuss für Fragen der Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa.

Da wir zum Punkt 1 der Tagesordnung schon Stellung genommen haben (ZB Nr. 14/73), gilt diese Untersuchung der Arbeit der 3. Kommission, den Fragen von Information und zwischenmenschlichen Beziehungen.

Informationsaustausch nur unter Wahrung der innerstaatlichen Gesetze, die ihn gerade verbieten

Lange Zeit wollten die osteuropäischen Partner von diesem Punkt nichts wissen. Dann nahmen sie folgenden, auch heute geltenden Standpunkt ein: Beide Forderungen dürfen lediglich unter der Bedingung akzeptiert werden, dass dadurch die Sitten der interessierten Völker sowie die Gesetze der einzelnen Staaten nicht tangiert werden. Der Gedanke, die gesetzlichen Bestimmungen der Signatarstaaten müssten den Bedingungen des im künftigen Konferenzbeschluss vorgesehenen Informationsaustausches und des freien zwischenmenschlichen Verkehrs angepasst werden, wurde und wird angeprangert und verurteilt als Einmischungsversuch in die inneren Angelegenheiten fremder Staaten, als Versuch einer Rückkehr zum kalten Krieg, sogar als Ver-

ZEITBILD

erscheint alle
zwei Wochen

ZeitBild

Redaktion – Administration – Anzeigenverwaltung

Jubiläumsstrasse 41, CH-3000 Bern 6

Tel. 031 43 12 12, Telex 32728 soi ch

Telegramm Schweizost

Postcheck ZeitBild 30-24616, Banken: Spar+

Leihkasse Bern 153 400 50, Deutsche Bank Frankfurt a. M. 78-2409

Printed in Switzerland ISSN 0044-2100

Verantwortlicher Herausgeber und Verlag

Schweizerisches Ost-Institut AG (SOI)

Jubiläumsstrasse 41, CH-3000 Bern 6

Redaktion

Peter Sager, Christian Brügger

Administration und Anzeigenverwaltung

Peter Dolder

Abonnementspreise

Fr. 30.– jährlich (Ausland Fr. 33.–, DM 30.–)

Studenten und Lehrlinge Fr. 20.–

(Ausland Fr. 22.–, DM 20.–)

Halbjahr Fr. 16.– (Ausland Fr. 17.–, DM 16.–)

Einzelnummer Fr. 1.50 (Ausland Fr. 2.–, DM 1,50)

such, eine konterrevolutionäre Entwicklung von aussen her zu unterstützen, als böswillige Machenschaft, die Aufmerksamkeit der Konferenzteilnehmer von den wichtigsten Problemen der Sicherheit (territorialer Status quo!) abzulenken und diese auf zweit- und drittrangige Fragen zu konzentrieren, ferner als Versuch, die sozialistischen Staaten anzuprangern und zu verleumdern. Die schon erwähnte Fachzeitschrift für Aussenpolitik warf hauptsächlich Grossbritannien vor, es beharre auf den Problemen des kulturellen Austausches, des Austausches von Ideen und Menschen und wolle das Hauptanliegen der Konferenz, «wie die Unantastbarkeit der Grenzen», als zweitrangiges Problem zurücksetzen (Nr. 10/1973, S. 91).

In der Aprilnummer 1973 der andern wichtigen aussenpolitischen Zeitschrift der UdSSR, «Meschdunarodnaja schisn», steht in diesem Zusammenhang:

«Einige westliche Politiker wollten unter dem Vorwand des ‚freien Austausches von Menschen und Ideen‘ offenbar in die Sphäre der Beziehungen zwischen Staaten mit entgegengesetzten gesellschaftlichen Systemen spießbürgerliche Vorstellungen über eine abstrakte Freiheit hineinbringen, eine solche Freiheit, welche die englischen Konservativen nicht am geringsten hindert, die Kämpfer für die elementarsten Bürgerrechte in Nordirland, die amerikanischen Ultras die Kommunistin Angela Davis hinter Gefängnisgitter zu werfen... Die Propagandisten des ‚freien Austausches von Ideen und Menschen‘ interpretieren die Informationsfreiheit eigenartig. Man hört von ihnen z. B. keine Vorschläge, Rundfunk und TV der bürgerlichen Staaten sollten zur Hälfte den Kapitalismus und zur Hälfte die sozialistischen Ideen propagieren!

Vor der bürgerlichen Propaganda steht... eine völlig andere Aufgabe. Diese besteht darin, die Bewegung der Ideen und der Information in eine Richtung, nämlich vom Westen nach dem Osten, zu lenken. Einfacher gesagt, ihre Absicht besteht darin, dass die sozialistischen Länder nicht für einen gegenseitigen Austausch auf dem Gebiet der Kultur, der Touristik, Wissenschaft und Kunst ‚geöffnet‘ werden, sondern für ideologische Subversionen, für den Export einer sehr eigenartigen bürgerlichen Demokratie... Sie verlangen eine solche ‚Freiheit der Information‘, deren Verbreitung die Souveräni-

tät und die geltenden Gesetze dieser oder jener Staaten umgeht, d. h. sie würde eine unzulässige Einmischung in die inneren Angelegenheiten darstellen... Die Werktätigen der sozialistischen Länder, das Sowjetvolk, wir alle, Menschen der Neuen Welt, haben solche ‚Freiheiten‘, solche ‚Ideen‘, welche die westlichen Propagandisten exportieren möchten, nicht nötig. Ausserdem darf man auch die Ueberlegungen der moralischen Hygiene nicht unterschätzen. (W. Michajlow: «Zu den Austauschen und Kontakten» («Meschdunarodnaja schisn», Nr. 4/1973.)

Wie stellt sich Osteuropa den Informationsaustausch vor?

Im Punkt II. der von der Sowjetunion empfohlenen «Allgemeinen Deklaration» heisst es dazu:

«Die Teilnehmerstaaten der Konferenz über Fragen der Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa... erklären ihre Bereitschaft... die politischen Konsultationen und den Informationsaustausch auf bilateraler und multilateraler Basis in Fragen, welche allgemeines Interesse darstellen und die Festigung des Friedens, der Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa angehen, auszudehnen und zu vertiefen» («Meschdunarodnaja schisn», Nr. 8/1973).

Nicht viel konkreter sind auch die von Polen und Bulgarien unterbreiteten «Grundrichtungen der Förderung der kulturellen Zusammenarbeit, der Kontakte und des Informationsaustausches». Es heisst dazu im Punkt III. (Informationsaustausch):

«Die Teilnehmerstaaten der Konferenz gelangten zur Schlussfolgerung, dass die Förderung einer freieren und breiteren Ausdehnung aller Formen der Information wünschbar ist, und sie vereinbarten zu diesem Zwecke folgende Massnahmen zu treffen:

- a) Vereinbarungen auf bi- und multilateraler Basis abschliessen, welche die Ausdehnung des Informationsaustausches, besonders der Presse-, Buch-, Rundfunk- und Fernsehinformation vorschreiben...;
- c) die Bedingungen verbessern, bei welchen die Journalisten eines Teilnehmerstaates im andern Teilnehmerstaat ihre berufliche Arbeit verwirklichen;
- d) neue Gebiete, in welchen der Informationsaustausch zwischen den Teilnehmerstaaten allgemeines Interesse darstellt, gemeinsam suchen.»

Der Buchtip

C. C. von Pful, «Das Abenteuer von Helsinki». Chancen und Gefahren einer Konferenz über Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa. 120 Seiten, Mainz 1973, Fr. 13.30.

Hier wird eine leicht lesbare, gut fundierte Einführung in die Problematik der KSZE geboten. Der Text im Umfang von 86 Seiten ist durch einen Anhang von wichtigen Dokumenten und einschlägigen Verzeichnissen ergänzt.

Nach einer Darstellung des Sinnes der KSZE untersucht der Autor die östlichen Motive und die westliche Sicht, ferner die Chancen, die sich aus dieser Konferenz ergeben können. Der zu postulierenden westlichen Taktik ist ein eigenes Kapitel gewidmet.

Das Manuskript ist im März 1973 abgeschlossen worden. Es hat indessen seine Aktualität nicht verloren und stellt auch heute eine gültige Ana-

lyse der KSZE dar. Das mag ein einziges Zitat erhellen: «Was das ‚Brot‘ betrifft, so gehört heutzutage zu ihm auch die Energie. Im Jahre 1972 aber war Europa zu fast zwei Dritteln seines Energiebedarfs von Einfuhren abhängig, die es mit eigener Kraft nicht hätte schützen können. Dieser Prozentsatz hat steigende Tendenz. Ohne die USA-Flotte im Mittelmeer wäre es möglich, den für Europa so wichtigen Oelhahn jederzeit zuzudrehen. Westeuropa allein kann also schon seines spezifischen Gewichtes nach niemals ein Gleichgewicht gegenüber der Sowjetunion herstellen. Nur gemeinsam mit den USA pendeln die politischen Kräfte sich aus und entsteht die erste Voraussetzung jeglicher Form von ‚Chancen‘, dass sich nämlich die Entspannungspole die Waage halten. Mit andern Worten: Das atlantische Bündnis muss sich, um das Gleichgewicht zu erhalten, vom Militärischen auf das Politische und Wirtschaftliche ausdehnen.»

Selten bestätigt die Entwicklung so rasch eine Untersuchung. Wer so korrekt analysiert, verdient gehört zu werden. Das Buch interessiert einen breiten Leserkreis.

НАШИ ИНТЕРВЬЮ Содействовать общеевропейскому с о в е щ а н и ю

Корреспонденты «Правды» и Агентства печати «Новости» (АПН) в Швейцарии обратились к известному политическому деятелю страны, председателю комиссии по иностранным делам Национального совета, Жюжу Швалла с рядом вопросов:

1. Как ваша страна относится к идее созыва общеевропейского совещания по вопросам безопасности и сотрудничества?

— Мы занимаем в этом вопросе положительную позицию, разумеем, при условии возможности участия в этом совещании всех европейских стран без какой-либо дискриминации.

2. Какова, по вашему мнению, роль нейтральных стран в созыве общеевропейского совещания?

— Нейтральные страны должны, на наш взгляд, проявить большую готовность в деле оказания содействия такому совещанию в целях его успешного проведения и эффективности.

3. Считаете ли вы, что идеологические разногласия, существующие между двумя различными общественными системами, могут стать препятствием на пути созыва этого совещания?

— Подобно совещанию может увенчаться успехом лишь при условии признания принципа мирного сосуществования стран с различными экономическими и политическими системами. Одно из условий успеха — гарантия для каждой страны-участницы полной свободы располагать своей судьбой и полного суверенитета для каждой страны.

4. Какую роль вы отводите в деле упрочения европейской безопасности политическим, экономическим и культурным связям между странами с различными общественными системами?

— Упрочение политических, экономических и культурных связей между странами с различными общественными системами способно привести к разрядке международной напряженности, так же как и к сближению различных позиций. Становя, вступающим на путь сближения, необходимо гарантировать соблюдение принципов взаимности и свободы.

Б. ДУВРОВИЧ,
(Соб. корр. «Правды»)
г. Лозанна, март.

Als es vor zwei Jahren noch darum gegangen war, die sowjetischerseits gewünschte Konferenz herbeizuführen, hatte die sowjetische Presse auch etwa nichtkommunistische westliche Stimmen vorgestellt, die sich dazu verwenden liessen. Das war zum Beispiel beim «Prawda»-Interview vom 15. 3. 1972 mit dem heutigen Bundesrat Chevallaz der Fall gewesen. Inzwischen geht es darum, westliche Wünsche nach Entspannung mit der Bevölkerung statt mit den Machthabern als entspannungsfeindlich zu brandmarken und damit zu verunmöglichen.

Damit jedoch der Informationsaustausch nur den Zufluss solcher Berichte zulässt, welche für das Regime günstig sind, enthält die Einführung zu den «Grundrichtungen» folgenden Hinweis auf die «Allgemeine Deklaration»:

«Die Teilnehmerstaaten der Konferenz für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa... bekräftigen, dass die kulturelle Zusammenarbeit, die Kontakte und der Informationsaustausch unter voller Achtung jener Prinzipien verwirklicht werden, welche die Beziehungen zwischen den Teilnehmerstaaten regeln, wie sie in der ‚Allgemeinen Erklärung‘ bestimmt wurden.» (Ebenda)

Was also mit einer Hand geboten wird, wird mit der andern wieder zurückgenommen! Austausch von Informationen, welche «allgemeines Interesse» darstellen und zur «Festigung des Friedens, der Sicherheit und Zusammenarbeit» beitragen. Eine dialektische Anwendung der zitierten Vorbehalte garantiert die Uebertragung der in der Verfassung (Art. 125) enthaltenen Beschränkungen der «Pressefreiheit» auf internationale Ebene! Der erwähnte Paragraph der Sowjetverfassung garantiert Presse- und Informationsfreiheit «in Uebereinstimmung mit den Interessen der Werktätigen und zum Zwecke der Festigung des sozialistischen Systems». Die Schranken des internationalen Informationsaustausches, die Begriffe «allgemeines Interesse», «Festigung des Friedens, der Sicherheit und Zusammenarbeit» sind genau so undefinierbar wie diejenigen der inländischen Informationsfreiheit. Was diese «Interessen» sind, wird die Parteiführung entsprechend der momentanen Generallinie der sowjetischen Innen- und Aussenpolitik feststellen. Sollte eine internationale Vereinbarung auf dieser Grundlage erfolgen, so wird sie schlechter sein als keine, weil sie die sowjetische Zensur internationalisiert.

Trotzdem der Ostblock seit dem 22. Januar 1973 den Informationsaustausch als Bestandteil der

Folgende Zusammenstellung zeigt die Zahl der Berichte und Artikel in der «Prawda» über die Sicherheitskonferenz:

	Kurze Erwähnung in einem andern Artikel	Erwähnung in der Rubrik «Internationale Woche»	Kleiner Artikelbericht	Selbständige Artikel	Leitartikel	Kolumne des Kommentators
Zweites Halbjahr 1969	7	7	1	18	—	8
Zweites Halbjahr 1970	4	10	12	10	—	2
1971	30	25	5	18	—	6
1972	22	21	23	29	5	4
1973	5	20	15*	11	2	1

* Von den 15 Kleinberichten beschäftigten sich sechs ausschliesslich mit dem positiven Echo des sowjetischen Entwurfes einer «Allgemeinen Erklärung» im Ausland (hauptsächlich in Osteuropa und in der westlichen kommunistischen Presse).

Merkwürdig ist es ferner, dass im Jahre 1972 alle 29 Artikel, die fünf Leitartikel sowie die vier Kolumnen vor der Eröffnung der Vorkonferenz am 22. November erschienen. Nachher war der Druck — bis man sah, wie der Westen reagierte — nicht erwünscht. Deshalb veröffentlichte die «Prawda» nach diesem Zeitpunkt bis Jahresende lediglich sieben Kleinberichte und erwähnte die Konferenz in zwei allgemeinen Artikeln sowie in zwei «Internationalen Wochen». Von den 21 «Kolumnen» entfällt lediglich eine einzige auf die Periode nach dem Anlauf der Vorgespräche.

▶ künftigen Europapolitik offiziell anerkannte, wurde die Berichterstattung über die Sicherheitskonferenz immer spärlicher und beschränkte sich im allgemeinen auf drei Problemkreise:

- Informationsaustausch nur unter Wahrung der innerstaatlichen Gesetzgebung, welche diesen in der UdSSR ab ovo ausschliesst;
- Forderung der Beschleunigung der Verhandlungen;
- Beschimpfung der kalten Krieger, der amerikanischen «Atomschitschiki» und ihrer europäischen Söldner, welche an einer «Entspannung» auch heute nicht interessiert sind.

Die Information über die Sicherheitskonferenz am Beispiel der «Prawda»

Vor der Eröffnung der Vorkonferenz am 22. November 1972 beschäftigte sich die «Prawda» systematisch mit den Problemen der künftigen Konferenz, um auf die interessierten westlichen Staaten auch auf diese Weise einen indirekten Druck auszuüben. Es wurden in allen Ostblockländern und in mehreren westlichen Staaten Komitees zur Förderung der Sicherheitskonferenz gegründet; es gab eine «Versammlung der gesellschaftlichen Kräfte für die europäische Sicherheit und Zusammenarbeit» im Juni 1972 in Brüssel, ein «Internationales Konsultativtreffen der friedliebenden Kräfte zur Vorbereitung des Moskauer Weltkongresses der Friedenskräfte» (März 1973) und schliesslich den Kongress vom Oktober 1973 ebenfalls in Moskau, um nur einige Veranstaltungen zu nennen, welche zum ausschliesslichen Ziele hatten, den Druck auf den Westen zu erhöhen. *Ueber die Konferenz selbst, nachdem diese zustande gekommen war, informierte aber die «Prawda» das eigene Leserpublikum nicht.*

Für die Art und Weise, wie die «Prawda» die eigene Bevölkerung über die Verhandlungen in Helsinki und Genf informierte und sich gegen

den freien Informationsaustausch verwahrte, sind die Mitteilungen der ständigen Rubrik «Internationale Woche» (vor 1973: «Internationale Schau») besonders charakteristisch. Einige Zitate:

Der Stil der Informationen und die Angst vor dem Informationsaustausch

«Wie die in Helsinki weilenden Korrespondenten (!) berichten, versuchten die Delegationen einiger westlicher Länder (!), die konstruktive Erörterung der Fragen der Vorbereitung der Konferenz durch Diskussionen über ideologische Probleme zu ersetzen, insbesondere über die Kontakte zwischen Organisationen und Menschen sowie über die Verbreitung von Informationen. Dieser oder jener der westlichen Vertreter hätte versucht, die Erörterung dieser Frage in die Kanäle der Propaganda zu lenken, welche gegen die sozialistischen Staaten gerichtet ist. Solche Versuche werden jedoch keinen Erfolg haben. Die Sowjetunion setzt sich bekanntlich für die Ausdehnung der Kontakte und Beziehungen zwischen den Völkern (! Hervorhebung von L. R.) ein, unter der obligatorisch geltenden Vorbedingung, dass die Rechte, die Gesetze und die Sitten jedes einzelnen Landes geachtet werden...»

Die Konzessionen, welche die sowjetische Delegation trotzdem machte (Kontakte nicht nur zwischen Völkern, sondern auch zwischen Individuen und Lockerung des Informationsaustausches), durften die «Prawda»-Leser nicht und

einige Spezialisten in den Spalten der «Meschdu-narodnaja schisn» erst im August — also acht Monate später — erfahren! (Vgl. «Prawda», 13.5.1973, Oleg Orestow.)

Sehr deutlich schrieben zwei «Prawda»-Korrespondenten aus Genf, T. Kolesnitschenko und I. Melnikow («Prawda», 19.12.1973, S.5):

«Hinter dem scheinbar gutgemeinten Vorwand der Förderung von Kontakten und Ausdehnung des Informationsaustausches stecken aber zu oft Versuche, die Kanäle für die Auflockerung des sozialistischen Systems zu öffnen... Die Kontakte zwischen Institutionen, Organisationen, Staatsbürgern sowie der Informationsaustausch, ferner die Zusammenarbeit auf dem Gebiet der Kultur und der Bildung können nur bei strikter Achtung der Souveränität aller Länder, der Achtung des Prinzips der Nichteinmischung in die inneren Angelegenheiten und der Achtung vor deren Gesetzen und Sitten garantiert werden.»

Statt über die Konferenzverhandlungen zu berichten, kritisiert die «Prawda» ständig die westlichen Rechtsextremisten, welche sich weigern, die bestehenden europäischen Grenzen, d.h. die sowjetischen territorialen Eroberungen anzuerkennen. Wer aber die mit groben Worten getadelten Rechtsextremisten, die Natoschiki, Atomschiki usw. in concreto sind, erfährt der Leser nicht. Die «Prawda» schiebt die Verantwortung für die «nicht vollständig richtige» Atmosphäre in die Schuhe der Rechtsextremisten: Die Neofaschisten werden vom Kapital unterstützt, die Fäden laufen von diesen direkt zu den wildesten Kreisen der NATO-Soldateska (18.4.1973, Wladimir Ermakow). Viktor Majewskij («Prawda», 15.4.1973) widmete in seiner Rubrik einen Satz der Helsinki-Vorkonferenz in positivem Sinne; dazu kam ein Angriff auf die westlichen Vertreter des kalten Krieges:

«Heute, wo die nächste Etappe der Vorbereitungsgespräche in Helsinki bevorsteht, sehen die friedliebenden Kräfte Europas ihre Aufgabe in der Unterstützung aller Schritte, welche auf die schnellste Einberufung der Sicherheitskonferenz, auf die Isolierung der militaristischen NATO-Kreise, der Feinde der Entspannung, gerichtet sind.»

In den der Sicherheitskonferenz gewidmeten selbständigen «Prawda»-Artikeln zur Konferenz beschränkt man sich auf die Schilderung der sowjetischen Vorstösse. Typisch ist der Bericht über die Eröffnung der Sicherheitskonferenz in Helsinki («Prawda», 4.7.1973, siehe unser Titelblatt). Hier handelt es sich um den grössten Bericht über die Sicherheitskonferenz. Die «Prawda» betont, der erste Redner der Konferenz sei der sowjetische Aussenminister gewesen. Seine Rede wurde in extenso, auf beinahe einer vollen «Prawda»-Seite, mitgeteilt, und erst nachher kam der Bericht über die Eröffnung der Konferenz unter dem Titel: «Die Konferenz wurde eröffnet». Zuerst also Gromykos Rede an

Schweizerisches Jahrbuch für politische Wissenschaft Band 13/1973

Die 19 Beiträge reichen über Themen wie «Analyse der Wissenschaftspolitik» und «Totalrevision der Bundesverfassung» bis hin zur «Simulation internationaler Konflikte».

366 Seiten, kartoniert, Fr. 30.-

Buchhandlung Paul Haupt
Falkenplatz 14, 3001 Bern, Tel. 031 23 24 25

haupt für bücher

der Konferenz und erst nachher der Bericht über die Eröffnung! Auch die Proportionen im kleinen Bericht waren vielsagend: eine kurze Erwähnung der Zahl der anwesenden Aussenminister (35), dann zwei Sätze als Zusammenfassung der Rede des finnischen Aussenministers. Anschliessend wurde die Begrüssungsrede des finnischen Präsidenten Kekkonen in sieben kurzen Sätzen zusammengefasst. Der Rede Waldheims widmete der TASS-Bericht zwei ganz kurze Sätze. Dann kam nochmals der Hinweis in einem Satz auf Gromykos oben veröffentlichte Rede unter erneuter Betonung der Tatsache, dass er der erste Konferenzredner gewesen sei. Zum Schluss ein kleiner Absatz über das feierliche Mittagessen, welches von Kekkonen zu Ehren der Konferenzteilnehmer offeriert wurde.

Die zwischenmenschliche Kontakte

Auch den zwischenmenschlichen Verkehr will die Sowjetführung nur unter Wahrung der innerstaatlichen Gesetzgebung zulassen, welche in der UdSSR aber diesen Verkehr ausschliesst!

Der von der Sowjetunion unterbreitete Entwurf der «Allgemeinen Erklärung» (Punkt II.) befürwortet die Ausdehnung der Kontakte zwischen Organisation und Menschen, damit

«die echten Werte der Kultur und Kunst zum Gemeingut der Völker werden und damit das Gefühl der Achtung und des Wohlwollens zwischen den Völkern, die Ideen der friedlichen Koexistenz und der gleichberechtigten Zusammenarbeit in Europa im Bewusstsein der Menschen Wurzeln schlagen...»

Der polnisch-bulgarische Entwurf der «Grundrichtungen der Förderung der kulturellen Zusammenarbeit, der Kontakte und des Informationsaustausches» äussert sich im Punkt IV. zu dieser Angelegenheit wie folgt:

«Die Teilnehmerstaaten der Konferenz... haben vereinbart, zu diesem Zweck folgende Massnahmen zu treffen: ... c) Förderung der Touristik auf kollektiver und individueller Grundlage; d) wohlwollende Prüfung der Gesuche der Bürger der Teilnehmerstaaten zur Erlaubnis für die Reise in andere Teilnehmerstaaten aus beruflichen oder individuellen Motiven, darunter auch mit Berücksichtigung der familiären Kontakte; d) die Fragen der Zusammenführung der Familien und der Eheschliessung zwischen den Bürgern der Teilnehmerstaaten im Geist des guten Willens und der Humanität auf bilateraler Basis und unter gegenseitig annehmbaren Bedingungen zu prüfen.»

Die «Allgemeine Erklärung» bindet also die zwischenmenschlichen Kontakte an die Festigung der friedlichen Koexistenz (= nach offizieller sowjetischer Version die moderne Form des internationalen Klassenkampfes zwecks Vorbereitung der Bedingungen für eine friedliche oder gewaltsame Revolution). Der polnisch-bulgarische Entwurf scheint der bisherigen gesamten Sowjetpolitik zu widersprechen. Er empfiehlt die diesbezüglichen Massnahmen ausschliesslich auf bilateraler Basis und unter «gegenseitig annehmbaren Bedingungen». Hier soll also jegliche Multilateralität ab ovo unmöglich sein!

Der schon zitierte Artikel von M. Michajlow schreibt zu diesem Problem:

«A propos Austausch von Menschen: Bekanntlich hat sich die *zwischenstaatliche* Touristik (Hervorhebung von L. R.) zwischen sozialistischen und kapitalistischen Ländern um ein Vielfaches ausgedehnt. Wir empfangen Touristen aus allen Ländern der Welt; unsere Leute sind in allen Kontinenten. Natürlich ist die soziale Zusammensetzung der Touri-

sten verschieden. Vom Westen irren bemittelte Menschen in der Welt herum, wenn man die gesellschaftlichen, Partei-, Gewerkschafts- (und) Jugenddelegationen nicht berücksichtigt, besonders wenn es sich um grosse Entfernungen handelt... Die Sowjettouristen sind wie unsere ganze Gesellschaft: Schriftsteller und Arbeiter, Gelehrte und Künstler, Kolchosbauern, Ingenieure, Musiker, Angestellte usw.

Es gibt aber noch ein Gebiet der Bewegung der Menschen, welchem die bürgerliche Propaganda die Nichtausdehnung vorzieht. Das sind die Millionen der Werktätigen der kapitalistischen Länder, welche, nachdem sie die Hoffnung aufgaben, Arbeit in der Heimat zu finden, ins Ausland reisen und dort ihre Arbeit den ausländischen Monopolen verkaufen... Eine solche Bewegung der Menschen gab es bei uns nicht und gibt es nicht. Es gibt aber einen ganz andern Austausch von Menschen. Tausende, Zehntausende der Bürger der Sowjetunion und der übr-

gen sozialistischen Staaten — Ingenieure und Arbeiter, Aerzte und Dozenten — arbeiten in den jungen, unabhängigen Staaten; sie helfen dort Betriebe zu bauen (und) ... die nationalen Kader zu erziehen...»

*

Die gemeinsamen Worte des 1971 verstorbenen langjährigen TASS-Generaldirektors (1943 bis 1960) und des sowjetischen Journalistikwissenschaftlers Palgunow gelten vollumfänglich auch heute, trotz Sicherheitskonferenz:

«Nachrichten müssen zweckentsprechend gemacht werden, sonst sind sie nur tatsächliche oder zufällige Ereignisse... Nachrichten sollen nicht nur diese oder jene Tatsache, dieses oder jenes Ereignis beleuchten, sondern sie müssen einen bestimmten Zweck verfolgen... Nachrichten sind Agitation mit Hilfe von Tatsachen... Nachrichten müssen didaktisch und instruktiv sein.»

Europa stirbt und merkt es nicht

Die Balkanisierung Europas hat beachtliche Fortschritte gemacht. In einer Zeit, da nur eine geschlossene Haltung die offenen Gesellschaften Westeuropas retten kann, torpedierte Frankreichs Aussenminister die westliche Energie-Koordination, und drohte der Labour-Führer Wilson während des Wahlkampfes mit einem Austritt Grossbritanniens aus der EG.

Es hält schwer, über die Politik der westeuropäischen Regierungen keine Satire zu schreiben. Aber Satiren sind unbehelflich. Denn die Völker in Demokratien haben genau jene Regierungen, die sie verdienen. Und an der europäischen Krise tragen die europäischen Völker die Hauptverantwortung. Wenn einerseits Pompidou in den französischen Wahlen das kleinere Uebel war als Mitterrand, so ist andererseits das französische Volk schuld, dass keine Alternative aussichtsreich genug war, um einem dritten Kandidaten die Beteiligung an der Wahl zu ermöglichen. Das gilt für die meisten andern Länder.

Sollten sich nicht neue Kräfte bilden, die neue Alternativen anbieten — auch gegenüber den westeuropäischen Regierungen —, dann wird der Niedergang Westeuropas nur noch durch Wunder aufzuhalten sein. Das betrifft nicht zuletzt auch die Sicherheitskonferenz (KSZE) in Genf, wo die konzertiert auftretenden osteuropäischen Länder den uneinigigen westeuropäischen Ländern gegenüberstehen.

Sowjetisches Interesse an der KSZE

Es ist nicht überflüssig zu betonen, dass die Sowjetunion seit zwanzig Jahren in der einen oder andern Form eine europäische Sicherheitskonferenz vorgeschlagen hat. Wenn sie im gleichen Zeitraum gewaltsam — und sowohl gegen die UNO-Charta als auch gegen den Warschauer Pakt verstossend — in Ungarn und in der Tschechoslowakei militärisch intervenierte, den Bau der Mauer in Ost-Berlin befürwortete, auf Kuba Raketenbasen errichtete, vor allem aber im eigenen Herrschaftsbereich eine beispiellose Militarisierung des zivilen, geistigen und wirtschaftlichen Lebens vorantreibt, dann wird klar, dass

die Sowjetunion mit dieser Konferenz andere Ziele verfolgt, als den westeuropäischen Ländern Frieden und Freiheit zu bringen. Das Zusammentreten dieser Konferenz deutet denn auch keinen Wechsel der sowjetischen Aussenpolitik an; sie ordnet sich vielmehr in die aussenpolitische Strategie der Sowjetunion sinnvoll ein.

Das Motiv für den sowjetischen Vorschlag zur europäischen Sicherheitskonferenz ist nicht in Moskaus Sorge um die Sicherheit Westeuropas zu suchen, sondern paradoxerweise in der *sowjetischen Unsicherheit*. Allerdings: Diese Unsicherheit ergibt sich nicht aus einer vermeintlichen oder tatsächlichen *existentiellen Bedrohung* der Sowjetunion, sondern vielmehr aus der *Infragestellung der sowjetischen Weltherrschaftspläne*, jedenfalls aus dem nur langsamen Vormarsch der Sowjetherrschaft.

Als Stalin 1953 starb, geriet ganz Osteuropa in eine tiefgreifende Führungskrise. Sie fand ihren sichtbaren Ausdruck im Aufstand der ostdeutschen Arbeiter, Jugendlichen und Intellektuellen am 16./17. Juni 1953. Dieser Schock mag entscheidend zum ersten sowjetischen Vorschlag einer europäischen Konferenz vom Dezember 1954 beigetragen haben. Und als Stalin am 20. Parteikongress der KPdSU von Chruschtschow unerwartet und scharf kritisiert wurde, hatte dies eine zweite tiefgreifende Führungskrise zur Folge, die ihren sichtbaren Ausdruck im ungarischen Freiheitskampf vom 23. Oktober 1956 fand.

Wenn man dazu das Scheitern der sowjetischen Berlin-Blockade von 1948, den Abfall Jugoslawiens und die Gründung der NATO 1949 zählt, so wird verständlich, dass die Sowjetführung angesichts atlantischer Einheit vergangener Zeiten um die weitere Ausdehnung der Herrschaft damals bangen musste.

Seither ist die atlantische Einheit stetig abgebaut worden, und von den Hoffnungen auf eine westeuropäische Aktionsfähigkeit bleibt vorläufig bloss ein Scherbenhaufen übrig. Nicht von der

(Fortsetzung auf Seite 7)